
1. Wie werden Sie entsandte Arbeitnehmer*innen und in DE beschäftigte Migrant*innen und EU-Bürger*innen vor Arbeitsrechtsverletzungen, Lohnbetrug und Dumpinglöhnen schützen?

Die europäische Arbeitnehmer*innen-Freizügigkeit ist für uns ein hoher Wert. Wir GRÜNE finden: Für entsandte Beschäftigte muss immer das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" gelten. Deshalb fordern wir eine bessere Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie. Entsandte Beschäftigte sollen Anspruch auf die volle Entlohnung haben, die in den jeweils für die Entsendung einschlägigen regionalen Tarifverträgen in Deutschland vereinbart ist. Geltendes Recht muss schärfer kontrolliert werden. Deshalb fordern wir auch deutlich mehr Personal für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Wir setzen uns für eine bessere Finanzierung von mehrsprachigen Informations- und Beratungsangeboten für entsandte Beschäftigte ein. Damit entsandte Beschäftigte ihre Rechte nicht nur kennen, sondern im Zweifel auch besser vor den Arbeitsgerichten durchsetzen können, fordern wir zudem ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger*innen.

2. Werden Sie für die polnische Community eine Strukturförderung, wie sie bereits für andere kulturelle Gemeinschaften besteht, die nicht Teil der EU sind, einführen und falls ja, was werden dabei die Eckpunkte sein?

Die Vielfalt der Gesellschaft ist unsere Stärke. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam darauf hinarbeiten, dass auch die Vertreter*innen der polnischen Community die gleichen Chancen haben und aktiv unsere Gesellschaft mitgestalten können. Wir GRÜNE wollen einen geeigneten Rahmen schaffen, um dauerhaft und unabhängig die polnische Kultur und Zivilgesellschaft in Deutschland ideell und finanziell zu unterstützen. Wir setzen uns für eine multiperspektivische Erzählung der deutschen Geschichte ein. Um Diskriminierungsmuster aufzuzeigen und ihnen konsequent entgegenzuwirken, braucht es einer echten Einbindung der Zivilgesellschaft, deren Expertise und Perspektive unverzichtbar ist. Wir wollen Anerkennungsstrukturen schaffen und setzen uns für eine vielfältige Repräsentation und Teilhabemöglichkeiten in allen zentralen Bereichen des Lebens ein. Dazu gehört für uns unterschiedsloser Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und Sozialleistungen, Kitas, Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit.